

Ansprache von Generalsuperintendentin Ulrike Trautwein
anlässlich des Ökumenischen Gedenkens
an die Opfer des Genozids an Armeniern im Osmanischen Reich
24. April 2016, Luisenkirchhof III, Fürstenbrunner Weg, 37, 14059 Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren!

Heute, am Gedenktag für die Opfer des Völkermordes an die Armenier, möchte unsere Kirche, die EKBO, in christlicher Verbundenheit an Ihrer Seite stehen.

Der Völkermord an den Armeniern war einer der ersten systematischen Genozide des 20. Jahrhunderts und eine Schande für die Menschlichkeit. In Berlin, der „Hauptstadt der Erinnerung“, werden die Verbrechen der Deutschen im Nationalsozialismus durch Denkmäler und Mahnmale für die Opfergruppen symbolisch vergegenwärtigt. Oft scheint sogar ein gewisser Stolz der Politiker auf diese Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit einherzugehen. Das Gedenken an den Völkermord, der an den Armeniern verübt wurde, hatte jedoch bis vor einem Jahr keinen zentralen Erinnerungsort in Berlin. Und der Gedenktag, der 24. April, ist in der deutschen Öffentlichkeit noch nicht richtig angekommen. So verbindet sich mit der Erinnerung an diesen Genozid auch eine Herausforderung an die aktuelle Politik. Sie steht vor der Aufgabe eine Erinnerungskultur zu entwickeln, die nicht als Politikum missbraucht wird.

Die Geschichte des Gedenkens an diesen Völkermord oder - besser gesagt - der Verweigerung des Gedenkens, ist auch in unserem Land lang und traurig, die Rezeptionsgeschichte zeugt davon, dass es bis vor einigen Jahren eher Wenige waren, die sich für das Gedenken aktiv einsetzten. Noch im Vorfeld der Bundestagsdebatte zum 100. Jahrestag des Beginns der Deportationen kam es zwischen den Regierungsparteien zu kontroversen Diskussionen darüber, ob der Völkermord beim Namen genannt werden solle oder nicht. Der Historiker Wolfgang Benz hatte schon lange zuvor *„die sprachliche Kosmetik“* der deutschen Politiker kritisiert, der Völkerrechtler Otto Luchterhandt wertete es als *„schizophren“*, dass für den *„Hausgebrauch in Deutschland“* der Begriff Völkermord benutzt, gegenüber der Türkei aber vermieden werde.

Am 23. April 2015 war es endlich Joachim Gauck selbst, der als erster Bundespräsident überhaupt die Massaker an den Armeniern als Völkermord als solchen benannte. Gauck appellierte an die deutsche Öffentlichkeit, die planvolle Vernichtung eines Volkes in ihrer ganzen schrecklichen Wirklichkeit zu erkennen, zu beklagen und zu betrauern und warnte davor, die Debatte auf Differenzen über einen Begriff zu reduzieren.

Wohl unter diesem Eindruck fand der Bundestagspräsident Norbert Lammert zum Auftakt der Debatte des Bundestages am 24. April 2015 die Worte: *„Das, was mitten im Ersten Weltkrieg im Osmanischen Reich stattgefunden hat, unter den Augen der Weltöffentlichkeit, war ein Völkermord.“* Viele Abgeordnete forderten in der Debatte zu recht auch ein offizielles Bekenntnis zur historischen Mitverantwortung des Deutschen Reiches. Wir hoffen nun auf eine politische Konkretion dieser Erkenntnis durch den deutschen Bundestag in diesem Sommer.

Ich darf in diesem Zusammenhang erwähnen, dass unsere Kirche, die EKBO, sich seit längerem gegen das Vergessen der Gräueltaten gegen die Armenier engagiert. So unterstützt sie z.B. die wichtige Arbeit des Lepsius-Hauses in Potsdam zur wissenschaftlichen Aufarbeitung des Unrechts, zur Aufklärung über das noch immer in weiten Teilen der Bevölkerung unbekanntes Unrecht und zum konkreten Versöhnungshandeln. Der frühere EKD-Ratsvorsitzende Bischof Wolfgang Huber würdigte schon vor Jahren Johannes Lepsius als „international wichtigsten Zeugen“ für den Völkermord an den Armeniern.

Ansprache von Generalsuperintendentin Ulrike Trautwein
anlässlich des Ökumenischen Gedenkens
an die Opfer des Genozids an Armeniern im Osmanischen Reich
24. April 2016, Luisenkirchhof III, Fürstenbrunner Weg, 37, 14059 Berlin

Unser Bischof Dr. Markus Dröge, von dem ich Sie herzlich grüßen darf, sagte inspiriert vom Werk Lepsius: *„In den Konflikten der Gegenwart ist es unsere Aufgabe, an der Seite der Verfolgten zu stehen. Ihnen tätige Hilfe zukommen zu lassen, Zuflucht zu gewähren und öffentlich Stellung für die Geltung der Menschenrechte zu beziehen. Johannes Lepsius hat auch das Scheitern miterlebt. Nach dem Völkermord an den Armeniern 1915 und nach dem Ersten Weltkrieg hielt er trotzdem an seiner Idee fest, eine deutsch-armenische Akademie zu gründen. Und vielleicht ist das das Wichtigste, was dieser mutige und engagierte Mensch uns heute mitgeben kann: Den Glauben und die Hoffnung niemals zu verlieren!“*

In diesem Sinn wünsche ich im Namen unserer Kirche der noch jungen „Ökumenischen Gedenkstätte für Genozidopfer im Osmanischen Reich“ und ihrer Arbeit eine gute und segensreiche Zukunft. Es kann nicht genug gewürdigt werden, dass es hier gelungen ist, das Gedenken ökumenisch zu konzipieren und zu gestalten, dafür ist auch der Fördergemeinschaft zu danken. Im letzten Jahr bei der Eröffnung der Gedenkstätte war es ein besonders berührendes Bild der Gemeinschaft, als alle drei Kirchenvertreter vor jeder der drei Wände für die drei Opfergruppen beteten.

Das zweite, ebenso wichtige, was die Gedenkstätte neben dem gemeinsamen Gedenken an die Opfer leistet, ist, dass die Trauer hier einen Ort hat. Angehörige bzw. Nachkommen der Opfer haben ja oft nicht einmal ein Grab als Trauerort, die Täter verhinderten damals an vielen Orten eine würdige Beerdigung bzw. ein Grab mit dem Namen der Toten. Und in Deutschland leben die Geflüchteten zudem weit entfernt von den authentischen Orten, abgeschnitten von ihrer Heimat. Wir wissen aus der Trauerarbeit, aber auch aus der Erinnerungsarbeit, die sich auf den Holocaust bezieht, wie wichtig es für die Nachkommen ist, wenigstens so einen Ort des Gedenkens und der Trauer zu haben, das sind wir ihnen schuldig.

Die symbolträchtige Gestaltung der Gedenkstätte lädt aber auch Andere, Unbeteiligte und Menschen ohne historische Vorkenntnis zum Nachdenken ein und regt sie an, sich zu informieren.

Als ein Zeichen der Wertschätzung Ihres Wirkens kann ich Ihnen heute mitteilen, dass unsere Kirche beschlossen hat, die Gedenkstätte durch die Übernahme einer Bank und einer Tafel finanziell zu fördern. Vor allem aber möchte unsere Kirche Ihre wichtige Arbeit des Gedenkens und der politischen Anerkennung des Völkermordes auch in Zukunft unterstützen und inhaltlich mittragen, weil sie sich all ihren christlichen Geschwistern in Nächstenliebe verbunden weiß. Möge das Gedenken uns helfen, aus der Vergangenheit für unsere Gegenwart zu lernen, uns gemeinsam einzusetzen gegen die Unterdrückung und Verfolgung von Menschen anderer Kulturen und Religionen. Gott segne Ihre Arbeit.